Wer soll in der Schweiz entscheiden? Bürger*innen auf der Suche nach Alternativen

Jessica Rosco, Oscar Mazzoleni
25th September 2026

Wer sollte in der Schweiz die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen: gewählte Politikerinnen und Politiker, gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger, Expertinnen und Experten oder Unternehmensführerinnen und -führer? Auf Grundlage der Selects-Daten von 2023 zeigt unsere Studie, dass diese

Präferenzen in hohem Masse mit dem politischen Vertrauen, dem Verhältnis zur Wissenschaft sowie den parteipolitischen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger zusammenhängen.

Einleitung

Wer sollte in der Schweiz die wichtigen politischen Entscheidungen treffen: die gewählten Vertreter*innen, die gewöhnlichen Bürger*innen, Expert*innen oder Unternehmensführer*innen? Diese Frage ist von zentraler Bedeutung in einer Zeit, in der die Politik bisweilen Mühe hat, den Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden. Umso relevanter ist sie in einem Land, das durch eine intensive Nutzung der Referendumsdemokratie sowie durch ein Milizsystem geprägt ist, welches Personen aus der Wirtschaft den Zugang zu politischen Wahlämtern erleichtert. Die von Selects nach den eidgenössischen Wahlen 2023 erhobenen Daten zeigen, dass die Antworten der Schweizer Bürgerinnen und Bürger auf diese Frage eng mit politischen und parteipolitischen Faktoren zusammenhängen.

Drei zentrale Präferenzen

Auf der Grundlage einer statistischen Analyse latenter Profile zeigt Grafik 1 drei hauptsächliche Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern. Die erste Gruppe kann als „repräsentative Traditionalist*innen" bezeichnet werden (18,9 %), welche die gewählten politischen Vertreter*innen weiterhin als die legitimsten Entscheidungsträger betrachtet.

Im Gegensatz dazu steht die Gruppe der „expertenorientierten Bürger*innen". Sie bildet mit 51,5 % die Mehrheit und würde wichtige Entscheidungen vor allem unabhängigen Expertinnen und Experten übertragen.

Die dritte Gruppe bilden die „direkten Demokrat*innen" (29,6 %). Sie sind der Ansicht, dass gewöhnliche Bürger*innen besser geeignet wären, wichtige Entscheidungen zu treffen. Die Präferenz für Unternehmensführer*innen spielt dagegen offenbar nur eine untergeordnete Rolle.

Diese drei Präferenztypen spiegeln unterschiedliche politische Einstellungen gegenüber der Regierung und der Schweizer Demokratie wider. Im Vergleich zu den „repräsentativen Traditionalist*innen" bringen die beiden Gruppen, die alternative Entscheidungsträger bevorzugen – also Expert*innen, beziehungsweise Bürger*innen –, der Bundesregierung mehr Misstrauen entgegen und sind mit der Funktionsweise der Schweizer Demokratie stärker unzufrieden.

Darüber hinaus weist die Gruppe der „expertenorientierten Bürger*innen" ein hohes Vertrauen in Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf und zeigt sich nur mässig offen gegenüber Formen einer starken politischen Führung. Im

Gegensatz dazu vertrauen die „direkten Demokrat*innen“ der Wissenschaft weniger und sind empfänglicher für die Vorstellung einer politischen Führung, die dazu legitimiert wäre, demokratische Regeln zu umgehen.

Grafik 1: Präferenzen der drei Profile für unterschiedliche Arten von Entscheidungsträgern (N = 4’705)

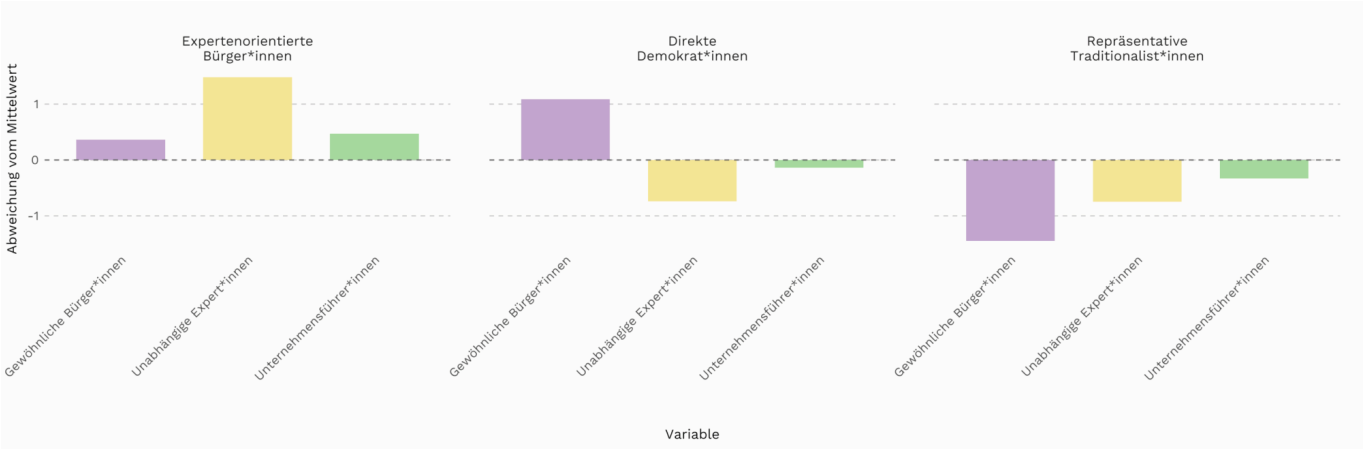

Abbildung: Sophie De Stefani, DeFacto.

Präferenzen hinsichtlich der Entscheidungsträger und parteipolitische Orientierung

Die drei Präferenztypen bezüglich der Entscheidungsträger sind mit relativ unterschiedlichen parteipolitischen Orientierungen verbunden. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die „repräsentativen Traditionalist*innen“ – also jene, die weiterhin gewählte Vertreterinnen und Vertreter gegenüber alternativen Entscheidungsträgern bevorzugen – hauptsächlich moderate Parteien vom Mitte-rechts-Spektrum bis hin zu den Sozialdemokraten unterstützen: die FDP, die Mitte und die SP.

Die Gruppe der „expertenorientierten Bürger*innen“ neigt dagegen stärker dazu, progressive und ökologische Parteien zu unterstützen. Dazu gehören nicht nur die SP, sondern auch die Grünen und die Grünliberalen. Diese Orientierung spiegelt ein vergleichsweise hohes Vertrauen in die Wissenschaft und in spezialisiertes Fachwissen wider.

Bei den „direkten Demokrat*innen“ lassen sich zwei Untergruppen mit unterschiedlichen parteipolitischen Orientierungen erkennen. Auf der einen Seite stehen jene, die die Vorstellung einer starken politischen Führung ablehnen und eher progressive und ökologische Parteien unterstützen. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die eine starke Entscheidungsgewalt der Bürgerinnen und Bürger mit der Unterstützung einer ebenfalls starken politischen Führung verbinden und gleichzeitig eine erhöhte Neigung aufweisen, die SVP zu wählen. Unabhängig von der Präferenz für eine bestimmte Art von Entscheidungsträger erhöht die Unterstützung für eine starke Führung zudem systematisch die Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen.

Schlussfolgerung

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Schweizer Bürger*innen unterschiedliche

Vorstellungen davon haben, wer über wichtige politische Fragen entscheiden sollte. Die Präferenz für traditionelle politische Verantwortungsträger wird deutlich von der Präferenz für „unabhängige Expert*innen" übertroffen. In geringerem Ausmass ist auch die Vorstellung, dass den Bürgerinnen und Bürgern selbst eine zentrale Rolle bei politischen Entscheidungen zukommen sollte von Bedeutung.

Diese unterschiedlichen Auffassungen darüber, wer politische Entscheidungsverantwortung tragen sollte, hängen mit unterschiedlichen Graden des Vertrauens in die Regierung und die Wissenschaft sowie mit verschiedenen parteipolitischen Orientierungen zusammen. Die Analyse zeigt damit, dass politische Unzufriedenheit und Polarisierung tendenziell auch in gegensätzlichen Erwartungen darüber verankert sind, wer über die Zukunft des Landes entscheiden sollte

Schweizer Wahlstudie Selects

Dieser Artikel ist Teil einer Sonderausgabe der Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaft, die den eidgenössischen Wahlen 2023 gewidmet ist. Die Beiträge stützen sich im Wesentlichen auf Daten der Schweizer Wahlstudie Selects, die das Wahlverhalten der Schweizer Bürgerinnen und Bürger bei den nationalen Wahlen seit 1995 untersucht. Selects wird vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert und von FORS in Lausanne durchgeführt. Alle Daten sind für wissenschaftliche Zwecke auf der Plattform SWISSUbase frei zugänglich. Die Sonderausgabe durchlief das übliche Peer-Review-Verfahren für die Veröffentlichung wissenschaftlicher Artikel.

Dieser Artikel ist eine Kurzfassung von:

- Rosco, Jessica & Mazzoleni, Oscar. (2026)

  A Citizen-oriented Democracy? Preferences for Alternative Decision-Makers and Voting Orientations in Swiss Politics. *Swiss Political Science Review, Vol. 32, Issue 2.*

Bild: unsplah.com